



Stadt Kamen

Niederschrift

SUS

über die
3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, dem 29.11.2018
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:02 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Frau Julia Kaim
Herr Gökçen Kuru
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Lucas Sklorz

CDU

Frau Sarah Grüneberg
Herr Ralf Langner
Frau Helga Pszolka

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Frau Dr. Beatrix Günnewig
Herr Bernd Kleinschnitger
Herr Martin Kusber
Frau Angelika Remmers
Frau Beate Schroeter
Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack

Verwaltung

Frau Linda Biermann
Frau Lisa Drescher
Herr Jürgen Dunker
Herr Markus Höper
Frau Marion Jachmann
Frau Elke Kappen
Herr Andree Schneider
Herr Reiner Steffen

Gäste

Frau Barz, Schulamt Kreis Unna
Frau Schlemper, Architektin
Frau Tasic, Schulamt Kreis Unna

Entschuldigt fehlten

Herr Martin Brandhorst
Herr Michael Dubbel
Herr Helmut Kampmann
Herr Ingolf Pätzold

Katholische Kirche

Herr Franco Tous

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Herr **Eckardt** die Ausschussmitglieder und Pressevertreter. Sodann stellte er den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest und erklärte, dass ihm bisher keine Ergänzungsanträge zur Tagesordnung vorlägen. Aus der Mitte des Ausschusses ergaben sich auch keine Ergänzungsanträge, so dass in die unveränderte Tagesordnung eingetreten wurde. Weiterhin erfolgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Herrn Eckardt. Im Anschluss verabschiedete er Frau Marion Jachmann und Herrn Jürgen Dunker in den Ruhestand.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Erweiterungspläne OGS Friedrich-Ebert-Schule hier: Vorstellung der Pläne durch die Architekten	
3	Neuausrichtung der schulischen Inklusion hier: Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna	
4	Produkthaushalt 2019 hier: Bericht der Verwaltung	
5	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2018/19	097/2018
6	Sportförderung – Bezuschussung im Jahr 2018	124/2018
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Erweiterungspläne OGS Friedrich-Ebert-Schule
hier: Vorstellung der Pläne durch die Architekten

Frau **Kappen** erläuterte kurz den Hintergrund der Entscheidung zur Erweiterung der OGS der Friedrich-Ebert-Schule. Sie hob hervor, dass es an mehreren Schulen den Bedarf im OGS-Bereich gebe und man in enger Abstimmung mit den Schulen die Priorität zunächst an dieser Schule sehe.

Frau **Schlemper** vom Architekturbüro Kroos & Schlemper stellte die Planungen anhand einer PowerPoint Präsentation vor (siehe Anlage 1).

Herr **Heidler** bedankte sich für den fachlichen Vortrag. Die politische Entscheidung über die Erweiterung der OGS zeige den Stellenwert der Schulen und OGS in Kamen. Man sei froh dies nun umsetzen zu können. Weiterhin bedankte er sich bei allen Beteiligten für die bereits erfolgten Vorleistungen und die noch zu erwarteten Arbeiten.

Herr **Blaschke** erkundigte sich, ob im Neubau eine Erdwärme oder Wärmepumpe installiert werde.

Frau **Schlemper** führte dazu aus, dass man eine funktionierende Gasheizung vorfinde diese aber nicht für den Neubau genutzt werde. Es sei die Installation einer Luft- / Wärmepumpe geplant. Die Pläne dienten nur exemplarisch zur Darstellung der Leitungswege.

Frau **Müller** wies daraufhin, dass im Anbau nur ein kleiner Sanitärbereich geschaffen werde und erfragte, ob dies nicht unterdimensioniert sei.

Frau **Schlemper** erklärte dazu, dass das Thema Sanitär immer etwas schwierig sei. Auf Grund des geringen Platzes und der finanziellen Möglichkeiten werde eine kombinierte Möglichkeit mit den bereits vorhandenen Sanitärbereichen im Altbau geschaffen.

Frau **Kappen** informierte darüber, dass man die Platzproblematik intensiv diskutiert habe und die Priorität in anderen Bereiche sehe.

Herr **Bartosch** erkundigte sich, ob es bereits Referenzgebäude geben würde, an denen man sich für die Erweiterung der OGS orientieren könnte.

Frau **Schlemper** führte aus, dass jedes Gebäude individuell gestaltet werde und man von Beginn an im Austausch mit dem Nutzer sei. Dieser wisse am besten welchen Bedürfnissen der Anbau gerecht werden müsse.

Frau **Dörlemann** erfragte, wie die Fenster eingebaut würden, wenn das Gelände ansteige und man in die Erhöhung bauen würde.

Frau **Schlemper** informierte dazu, dass im hinteren Bereich der Technikraum und der Lagerraum geschaffen werden. Diese würde keine Fenster benötigen. Im übrigen Bereich des Gebäudes habe man eine Brüstungshöhe von 80 – 90 cm wie vorgeschrieben.

Frau **Kappen** erläuterte, dass die Feinplanung der Räume noch erfolgen werde bevor es zu den Ausschreibungen komme. Mehr Fläche wäre für den Anbau zwar wünschenswert, sei aber eine Frage der Kosten. Der Anbau werde aber so konzipiert, dass eine Erweiterung auch in Zukunft möglich sei. Des Weiteren habe man den Ausbau der OGS an den anderen Grundschulen ebenfalls im Blick.

Herr **Eckardt** bedankte sich für den umfangreichen Vortrag bei Frau Schlemper.

Zu TOP 3.

Neuausrichtung der schulischen Inklusion
hier: Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna

Frau **Kappen** informierte darüber, dass am 15.10.2018 der Erlass zur schulischen Inklusion verabschiedet wurde. Die Umsetzung beginne mit dem Schuljahr 2019/2020 und werde vermutlich bis zum Schuljahr 2020/2021 dauern, da zwar die Rahmenbedingungen gesteckt seien, man aber noch nicht alle Details kenne. So wisse man z.B. aktuell noch nicht, wie viele Schüler/Innen in das gemeinsame Lernen gehen werden. Dies werde vermutlich, bis auf einzelne Ausnahmen, bei der nächsten Regionalkonferenz am 18.12.18 mitgeteilt. In Kamen sei man aber in enger Abstimmung mit den weiterführenden Schulen und vertrete die Meinung, dass eine Neuaufstellung erforderlich sei, um eine bessere Qualität im gemeinsamen Lernen zu erreichen.

Auf Grund der Mindestgrößenverordnung wurden bereits Förderschulen im Kreis Unna geschlossen. Der Kreis Unna habe im Namen aller Schuldezernenten der Kommunen des Kreises eine Fortschreibung des 2014 aufgelegt.

ten Förderschulgutachtens in Auftrag gegeben, um zu prüfen wie viele Förderschulplätze in der Entwicklung erwartet würden. Hierbei werde die neue Rechtsgrundlage ebenfalls berücksichtigt. Des Weiteren werde ein Förderschulkonzept erarbeitet, welches dann im SuS vorgestellt werde. Dazu habe man entschieden, dass das Förderschulzentrum in Unna durch einen Neubau neu konzipiert werde.

Frau **Schroeter** stimmte den Ausführungen von Frau Kappen zu. Sie ergänzte, dass die Erlasslage noch nicht abschließend geklärt sei. Im Anschluss stellte sie das Fachberatungsteam im Bereich Inklusion mit Frau Tosic und Frau Bartz vor. Diese seien im Bereich der Neuausrichtung für die Bündelung, Koordinierung und Gestaltung der Übergangsprozesse zuständig.

Frau **Bartz** stellte in Kooperation mit Frau **Tosic** die PowerPoint Präsentation vor (siehe Anlage 2). Sie informierte darüber, dass die Umsetzung 2019/2020 beginnen werde und bis 2024/2025 abschlossen sein solle.

Herr **Heidler** erkundigte sich, ob es weiterhin zielgleiche Inklusion am Gymnasium geben werde.

Frau **Tosic** erklärte dazu, dass das Fachberatungsteam aufgefordert war eine passgenaue Anforderung zu entwickeln und die Gymnasien in der Regel nicht mehr Schulen des gemeinsamen Lernens seien, außer es gebe kommunale Besonderheiten, wie es z.B. in Selm sei. Für Kamen würde dies bedeuten, dass das Gymnasium keine Schule des gemeinsamen Lernens mehr sei. Deswegen würde das Schulamt als Steuerungsorgan kein Kind des gemeinsamen Lernens mehr an das Gymnasium schicken, außer im geprüften und besprochenen Fall der Einzelintegration. Dies dürfe aber nur die Ausnahme bleiben und die zur bewerteten Gesichtspunkte seien noch nicht abschließend geklärt. Sollte es zu einer Klage von Eltern kommen, sei bewusst, dass auf Grund der Rechtslage dieser entsprochen werden müsste. Dies soll durch bessere Beratung der Eltern und Lehrer vermieden werden und durch die bessere Steuerung eine Bündelung der Ressourcen erfolgen.

Herr **Bucek** erfragte, ob der Rechtsanspruch zur Anmeldung an einer beliebigen Schule weiterhin erhalten bleibe.

Frau **Tosic** erklärte, dass in der Ausbildungsverordnung Sonderpädagogische Förderung festgelegt sei, dass Kinder die zielgleich unterrichtet werden weiterhin einen Anspruch auf Schulformwahl hätten. Bei zieldifferent zu unterrichtenden Kindern bestehe diese Wahlmöglichkeit nicht, sondern nur die Wahl, ob sie in das allgemeine Lernen oder an eine Förderschule gehen.

Frau **Grüneberg** bat um Klarstellung, ob es im Jahr 2024/2025 nur noch Schulen des gemeinsamen Lernens geben werde und die Förderschulen dann nicht mehr existent wären.

Frau **Tosic** gab zur Antwort, dass Schulen des gemeinsamen Lernens parallel zu den Förderschulen existieren würden.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, wie eine Aufteilung erfolgt sei und ob es dazu eine Übersichtskarte gebe.

Frau **Tosic** erläuterte dazu die weiteren Folien der PowerPoint Präsentation.

Herr **Bucek** erfragte, ob es für die Eltern möglich sei, dem Steuerungsteam ein Feedback auf den Erhebungsbögen zu geben.

Frau **Schröter** erläuterte dazu den Aufbau des Erhebungsbogens und teilte mit, dass dieser von den Eltern mit Hilfe von Lehrern oder Sonderpädagogen ausgefüllt werde. Diese hätten zudem die Möglichkeit am Ende des Bogens, im vorhandenen Frei Feld, Anmerkungen zu hinterlassen.

Herr Stalz verließ um 18.50 Uhr die Sitzung

Herr **Bucek** erkundigte sich, ob Gremien wie Schulkonferenzen die Möglichkeit hätten Kritik an den Planungen zu üben.

Frau **Schröter** informierte, dass grundsätzlich jede Schulkonferenz die Möglichkeit habe über die Schulleitung Kritik an die obere Schulaufsicht zu richten.

Frau **Dörlemann** erfragte, wie die Auswahl der Schulen in den jeweiligen Kommunen erfolgt sei.

Frau **Tosic** erläuterte, dass dies ein Abstimmungsprozess des Schulamtes mit allen Schulformvertretern in Absprache mit den Schulträgern gewesen sei. Dort wurde geprüft wie viele Schulen des gemeinsamen Lernens es in jeder Stadt geben müsse und welche Schulformen dort vorhanden sind.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass die Gymnasien grundsätzlich als Schulen des gemeinsamen Lernens ausgenommen sind. In Kommunen in denen Gymnasien trotzdem als Schulen des gemeinsamen Lernens aufgeführt seien, liege dies daran, dass es dort nur wenige Schulen und Schulformen gebe. Man müsse aber auch dort die Kinder, anhand rechnerischer Zahlen, in den Schulen unterbringen. Bereits im letzten Jahr habe es eine gute Absprache zwischen den Schulleitungen in Kamen gegeben, als es um die Verteilung der Kinder gegangen sei. Dies werde auch zukünftig so erfolgen. Weiterhin gebe es keine Rangfolge bei der Verteilung der Kinder des gemeinsamen Lernens an die Schulen. Bezüglich der maximalen Größe der Klassen gebe es bisher keine Informationen. Lediglich bei der Berechnung des Lehrkräftebedarfs und dem zusätzlich nötigem Personal, habe man eine Klassenrichtzahl von 25 zu Grunde gelegt. Abschließend führte sie aus, dass es bei allen Planungen um die bestmögliche Förderung aller Kinder in Kamen gehe und man dafür die Rahmenbedingungen schaffen müsse.

Herr **Heidler** bedankte sich bei Frau Schröter, Frau Tosic und Frau Bartz für den Vortrag. Weiterhin bedankte er sich bei allen Kamener Schulen, auch beim Städtischen Gymnasium, für die zuletzt gute Arbeit im Rahmen der Inklusion. Gleichwohl werde es weiterhin viele Fragen und Diskussionen geben. Leider habe man in den letzten Jahren versäumt alle mitzunehmen. Sowohl bei Lehrern, als auch Eltern und Schülern gebe es Sorgen und Ängste die es gelte abzubauen, damit Inklusion weiterhin funktioniere.

Herr **Eckardt** übte Kritik an der aktuellen und vorherigen Landesregierung, da man den zweiten Schritt vor dem ersten getan habe und man zu wenig Ausbildung und Ressourcen bereitgestellt habe. Da man den Lehrern die Ausbildung nicht interessant gemacht habe, würden Lehrer im Bereich In-

klusion arbeiten, die dafür nicht ausgebildet seien und selbst die Personenzahl, die für die Umsetzung benötigt werde, sei nicht ausreichend vorhanden.

Herr **Bucek** thematisierte eine gesellschaftliche Wertung. Schulen dürften im Hinblick auf die gesellschaftlichen Folgen für den Arbeitsmarkt etc. nicht zurück und alleine gelassen werden. Erfahrungen die man im Bereich Inklusion bereits gemacht habe, müssten Berücksichtigung finden. Der skizzierte Ansatz könne nicht die Fortsetzung dessen sein, was bisher im Bereich Inklusion erfolgt sei.

Frau **Schröter** stellte klar, dass das Schulamt des Kreises Unna nur das ausführende Organ sein und die Entscheidungen auf anderer Ebene erfolgen müssten.

Herr **Eckardt** merkte an, dass dies ein politisch zu klärendes Problem sei und keine Aufgabe der Bezirksregierung.

Herr **Kuru** erkundigte sich, was passiere wenn ein Kind z.B. nach Selm oder Holzwickede zum Gymnasium zugewiesen werden würde und die Eltern eine Klage auf Zuweisung nach Kamen umsetzen würden.

Frau **Schröter** erklärte, dass die Eltern rein hypothetisch, weil es dies bisher ja noch nicht gegeben habe, recht bekommen würden und das Kind den Anspruch auf Zuweisung zum Gymnasium in Kamen hätte. Sie stellte zudem klar, dass die Eltern das Kind grundsätzlich am Gymnasium anmelden könnten und das Gymnasium das Kind auch aufnehmen dürfe. Durch die Schulaufsicht erfolge keine Zuweisung zu einem Schulplatz sondern ein Vorschlag für die Eltern.

Frau **Bartz** erläuterte dazu, dass man von der gesetzlichen Problematik wisse und man versuchen werde durch Steuerung solche Probleme im Vorfeld aufzulösen und zum Wohle des Kindes Lösungen zu finden.

Frau Müller verließ um 19.14 Uhr die Sitzung.

Herr Tous verließ um 19.15 Uhr die Sitzung.

Herr **Langner** erkundigte sich, was mit den Kindern passieren werde, die dann bereits auf dem Gymnasium unterrichtet würden. Müssten diese die Schule wechseln.

Frau **Tosic** erklärte, dass die Kinder dort ihre Schullaufbahn beenden dürften. Die sonderpädagogische Ressource würde in einem schleichenden Prozess abgezogen und den anderen Schulen zur Verfügung gestellt. Zurzeit sei aber noch nicht geregelt nach welchem Personalschlüssel dies erfolgen werde.

Frau **Kappen** führte aus, dass von den vier weiterführenden Schulen in Kamen nach Erlasslage 3 zu Schulen des gemeinsamen Lernens werden würden. Ursprungsidee sei es, die Schulen des gemeinsamen Lernens mit sonderpädagogischen Ressourcen auszustatten. Sie lasse sich überraschen, ob dies durch die Festlegung von Schwerpunktschulen erreicht und die zugesagten 0,5 Stellen pro Lerngruppe an den jeweiligen Schulen auch besetzt werden. Zum Abschluss bedankte sie sich bei den Schulen für die bisher geleistete Arbeit und den Umgang mit dem Thema Inklusion.

Frau **Tosic** ergänzte, dass die Zuweisung von 0,5 Stellen sich auf die sonderpädagogische Ressource, Ressource der allgemeinen Lehrkraft, multiprofessionelle Teams, Sozialarbeiter oder Erzieher etc. bezieht. Diese 0,5 Stellen sollen aber pro Klasse des gemeinsamen Lernens zugewiesen werden. Bei einer 3-zügigen Schule würde das 1,5 Stellen bedeuten, die mit den Klassen mitwandern. So dass sich der Wert über die Jahre aufaddieren werde.

Herr Wehlack verließ um 19.23 Uhr die Sitzung

Zu TOP 4.

Produkthaushalt 2019
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Kappen** stellte den Produkthaushalt anhand einer PowerPoint Präsentation vor (siehe Anlage 3).

Herr **Heidler** bedankte sich für die Informationen und signalisierte die Unterstützung der SPD bei der Umsetzung. Schließlich sei es Aufgabe der Kommune für ein adäquates Lernumfeld zu sorgen.

Herr **Langner** wies daraufhin, dass man erst die Entscheidung zum Förderantrag im Falle der Sanierung des Umkleidegebäudes im Jahnstadion abwarten müsse, bevor man die Arbeiten mit den bereitgestellten Haushaltsmitteln beginne. Weiterhin erfragte er, ob eine Sanierung des Skater Parks erfolgen werde, da dieser nicht aufgeführt sei.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass der Skater Park im Jugendbereich etabliert und deswegen nicht aufgeführt sei. Die Sanierung sei aber für 2019 geplant.

Zu TOP 5.
097/2018

Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2018/19

Frau **Jachmann** erläuterte die jährliche Übersicht der Klassenbildung.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, wie es zu den deutlichen Abweichungen an der Südschule und der Diesterwegschule komme.

Frau **Jachmann** erklärte dazu, dass es zum einen am Einzugsbereich und zum anderen bei der Diesterwegschule zusätzlich am jahrgangsübergreifenden Unterricht liegen würde. Die Eltern würden bei den Anmeldungen meistens die nächstgelegene Schule wählen.

Zu TOP 6.
124/2018

Sportförderung – Bezuschussung im Jahr 2018

Frau **Kappen** informierte darüber, dass kurzfristig noch zwei Anträge eingegangen seien und verwies auf die Tischvorlage. Die Änderungen seien farblich markiert und stellten nur kleine Abweichungen dar. Der Auszahlungsbetrag sei weiterhin konstant.

Herr **Kusber** bedankte sich im Namen des Sportverbandes und der Sportvereine für die finanzielle Unterstützung gerade im Hinblick auf die Jugendarbeit. Weiterhin bedankte er sich bei der Verwaltung für die kurzfristige Aufnahme der eingereichten Anträge.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilung der Verwaltung

Frau **Kappen** informierte über die durchgeführte Aktion „Sicheres Fahren mit dem Rad zur Schule“ an den weiterführenden Schulen. Am 22.11.18 wurde dies am Schulzentrum, am 23.11.18 an der Hauptschule und am 26.11.18 am Gymnasium durchgeführt. In Absprache mit der Polizei habe man gezielt Fahrradfahrer angehalten und über mögliche Folgen beim Fahren ohne Licht und mit nicht straßentauglichen Fahrrädern hingewiesen. Sowohl die Schulen als auch die Schüler und die Polizei erachteten die Durchführung als sinnvoll.

Anfrage

Herr **Blaschke** regte die Durchführung eines Fahrsicherheitstrainings für das 5. und 6. Schuljahr an, das durch den ADAC angeboten werde.

Herr **Stewen** erklärte dazu, dass es bereits Gespräche zwischen den Schulen und dem ADAC gegeben hätte und es diese Möglichkeit gebe. Man werde die Gespräche erneut aufnehmen und eine Umsetzung avisieren. Es gebe dies auch für Schüler der Oberstufe und würde dann ebenfalls in Erfahrung gebracht.

Herr **Madeja** erfragte, ob die Möglichkeit bestehe eine Aufgliederung der prognostizierten Erlöse aus dem Kombibad zu erhalten.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass dies in dem interfraktionellen Workshop nochmal Thema sein werde und die Zahlen dann nachgereicht würden.

Auf Nachfrage von Herrn **Eckardt**, die nächste Sitzung aufgrund der vorgeesehenen Berichte bereits um 17.00 Uhr zu beginnen, ergaben sich keine Gegenstimmen.

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer